

Jannis Komsopoulos

Neue Hoffnung im Süden? Erfahrungen linker Regierungspolitik in Zeiten der Austerität

Die Wahl der SYRIZA-Regierung im Januar 2015 wurde von der europäischen Linken euphorisch begrüßt. Endlich regierte nach Jahren der Austeritätspolitik und der antidemokratischen Troika eine Partei, die versprach, alldem ein Ende zu setzen. Als es dann am 4. Oktober desselben Jahres nach den portugiesischen Parlamentswahlen zu einer überraschenden Regierungsbildung des sozialdemokratischen Partido Socialista (PS) unter Tolerierung der anderen linken Parteien kam, waren die – positiven wie negativen – Reaktionen schon weit gedämpft. Zwischen diesen Monaten war es zu den äußerst konfrontativ geführten Neuverhandlungen über das Troika-Programm für Griechenland gekommen, an dessen Ende ein drittes Memorandum stand. Dieses bedeutete die vollständige Niederlage der SYRIZA-Regierung. Sie setzte nun das härteste der drei Memoranden für Griechenland um, das keinerlei Spielraum für umverteilende Politiken zugunsten breiter, verelendeter Bevölkerungsteile zuließ. Von einem linken, gegenhegemonialen Projekt, das nicht nur die radikale Krisenbearbeitungspolitik der letzten Jahre, sondern auch die dominante neoliberal ausgerichtete Politik innerhalb der EU umwälzen könnte, war da schon lange nicht mehr die Rede. Entsprechend nüchtern waren die Erwartungen an die neue portugiesische Regierung. Hoffnung auf eine politische Wende wurde nur noch von Teilen sozialdemokratischer Kräfte geäußert (Ferreira 2017). Im Gegenteil zur griechischen hat die portugiesische Regierung jedoch für keinerlei Enttäuschung bei ihrer eigenen Wählerklientel gesorgt. Stattdessen hat sie eine Reihe von Reformen umgesetzt, die für eine bescheidene Verbesserung der Lebensumstände geführt hat. Zudem hat sie es geschafft, trotz anfänglichen Widerstands seitens der Europäischen Kommission und der Eurogruppe, bestimmte von der Troika oder der vorherigen Regierung auferlegte Reformen wieder rückgängig zu machen.

Der Frage, warum zwei linke Parteien in der südeuropäischen Peripherie solch unterschiedliche Erfahrungen gemacht haben, soll im Folgenden nachgegangen werden. Hierbei wird deutlich, dass beide Parteien nie für einen Bruch mit der Eurozone oder der EU standen. Beide wollten die Austeritätspolitik in ihren Län-

dern beenden, ohne jedoch die durch die europäische Krisenbearbeitungspolitik gesetzten neuen Parameter eines „entbetteten Neoliberalismus“ aufzubrechen. Da beide Regierungen die EU-Stabilitätskriterien einhalten, wird sich die schon jetzt gravierende gesellschaftliche Instabilität weiter vergrößern.

Im ersten Abschnitt werden kurz die politökonomischen Zusammenhänge rekapituliert, die dazu führten, dass sich die beiden Länder einem Troika-Programm unterziehen mussten. Danach werden die bedeutendsten Transformationen ihrer wohlfahrtsstaatlichen Regimes durch die Memoranden der Troika nachgezeichnet. Diese hatten immense Auswirkungen auf die strukturellen und institutionellen Machtressourcen der potenziellen gesellschaftlichen Träger progressiver Politik. Vor diesem Hintergrund werden im darauffolgenden Abschnitt die Entwicklungen in Griechenland und Portugal nach der Regierungsübernahme von SYRIZA bzw. PS nachgezeichnet.

Abhängigkeitsstrukturen in Europa

Das grundlegende politökonomische Merkmal innerhalb der EU ist eine stark ausgeprägte strukturelle Heterogenität, die sich auf einer Vielzahl von Ebenen äußert und auf sie auswirkt (Hürtgen 2015). Sie teilt die EU in ein ökonomisch stark entwickeltes Zentrum sowie eine ökonomisch abhängige Peripherie (Becker/Jäger 2012). Der politische Charakter der EU stellt sich dadurch bedingt in Form eines Empires dar, das die vielfältigen und umfangreich regulierten Beziehungen der Mitgliedsstaaten untereinander asymmetrisch und hierarchisch strukturiert (Bieling/Komsopoulos 2016). Die jahrzehntelange Entwicklung der europäischen Integration hatte deshalb einen Prozess der kombinierten aber ungleichen Entwicklung zur Folge (Schmalz 2013). Dieser Entwicklungsmodus ist das strukturierende Element bei der Bestimmung der Bedingungen und Möglichkeiten linker Politik in Europa.

Im Verlauf der europäischen Integration bis zur Krise wurden die Handels-, Produktions- und Kapitalströme innerhalb der EU enger und größer. So wurden im Zentrum Europas die exportorientierten Branchen gestärkt, die immer mehr Güter in der Peripherie absetzen konnten. Gleichzeitig verschlechterte sich die Binnennachfrage im Zentrum. Spiegelbildlich verstärkte sich der Binnenkonsum in den Peripheriestaaten, während ihre Außenhandelsbilanzen negativ wurden (Simonazzi u.a. 2013). Die dadurch bedingten Zahlungsungleichgewichte wurden durch eine vergrößerte Kreditvergabe der Finanzinstitute aus den Zentrumsstaaten gedeckt (Heine/Sablowski 2015).

Aus dieser Konjunktorentwicklung ergab sich in der südlichen und punktuell auch in der östlichen Peripherie eine ökonomische Grundlage für die

Herausbildung einer Klassenallianz, die mehrheitlich für sozialdemokratische Parteien stimmte. Sie ergab sich aus den Beschäftigten im öffentlichen Sektor, die entsprechend seines Ausbaus zahlenmäßig mitgewachsen waren, sowie den neuen Mittelschichten aus gut qualifizierten Fachkräften, für die es nun auch in der Peripherie verstärkt Bedarf gab. Zu diesen kamen die Beschäftigten aus Branchen, in denen die Gewerkschaftsbewegung noch stark war, obwohl sie mit der Zeit mit dem öffentlichen Sektor zusammenfielen. So konnte die europäische Sozialdemokratie unter Berücksichtigung aller einzelstaatlichen Spezifika – trotz einer immer weniger redistributiv und dekommodifizierend ausgerichteten Politik – eine Auflösung der sie tragenden Klassenfraktionen zeitweise verlangsamen (Becker 2016). Die Regulierung der sich aus dieser Konstellation ergebenden gesellschaftlichen Widersprüche verlief verstärkt über den Modus eines eingebetteten Neoliberalismus (van Apeldoorn 2002). Er vermochte es jedoch im Verlauf der 2000er Jahre immer weniger, die steigende soziale Unzufriedenheit in vielen europäischen Staaten einzudämmen. Diese äußerte sich sowohl in zunehmenden, teils gewalttätigen Protesten als auch in Wahlverlusten für sozialdemokratische Parteien.

Krise und Troika-Programme

Der Verlauf der Krise seit 2008 und ihre austeritätspolitische Bearbeitung seit 2010 hat die innereuropäische Heterogenität weiter verstärkt und vertieft. Dies entfaltete sich ebenfalls in einem Prozess der kombinierten aber ungleichen Entwicklung. Nach einer kurzen Phase einer relativ koordinierten Politik der Unterstützung der Finanzmärkte sowie einer nachfragestützenden Wirtschaftspolitik divergierten die politischen Reaktionen. Dies lag an der Erholung der Exportbranchen im EU-Zentrum sowie an der Verschiebung der Finanzkrise in die Verschuldungskrise der Staatshaushalte (Bieling/Buhr 2015). Diese Verschiebung führte zur Konzipierung verschiedener Kreditprogramme.

Mit der Gründung der Troika und den Memoranden begann ein Prozess einer beispiellos radikalisierten Neoliberalisierung. Die Regulationsweisen der südlichen Peripheriestaaten erfuhren eine starke Transformation, mithin ihrer spezifisch ausgeprägten Modi des eingebetteten Neoliberalismus (vgl. Kompoulos 2017).

Die hierfür angewandten Instrumente dienten der radikalen Transformation der wohlfahrtsstaatlichen Regimes, die die sozioökonomische Relevanz des öffentlichen Sektors durch Massentlassungen und Privatisierungen reduzierten sowie das Lohnverhältnis zuungunsten der Arbeiterschaft durch eine sogenannte interne Abwertung über Nominallohn- und Rentenkürzungen, einer

Herabsetzung der Mindestlöhne und erleichterter Bedingungen für Entlassungen verschoben (Schulten/Müller 2015). Strategisches Ziel war die institutionelle Schwächung der organisierten Arbeiterschaft über die Dezentralisierung der Kollektivverhandlungen und abgeschaffter Erga-Omnes- und Günstigkeitsklauseln sowie geänderter Nachhaltigkeitsbedingungen für abgelaufene Tarifabkommen (vgl. Hermann/Hinrichs 2012).

Die bis dahin bestehenden Klassenkompromisse in Form spezifischer Akkumulations- und wohlfahrtsstaatlicher Regimes wurden in den betroffenen Staaten weitgehend aufgelöst. Dieser Prozess wurde gegen den aktiven Widerstand breiter Bevölkerungsgruppen durchgesetzt (vgl. Campos Lima 2016; Bieling u.a. 2013). Die so eingeleiteten Restrukturierungsprozesse haben strukturell wie institutionell die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse weiter zugunsten der Interessen transnational agierender Kapitalfraktionen verschoben. Der gesteigerte Interventionismus der supranationalen Ebene in die einzelstaatlichen Akkumulationsregimes und Regulationsweisen bedeutete für die überwältigende Mehrheit der Subalternen in den von der Krisenpolitik betroffenen Ländern hingegen eine Einschränkung ihrer sozialen und arbeitspolitischen Rechte sowie oftmals den direkten Weg in Armut und soziale Ausgrenzung (Lux/Kompopoulos 2018). Die Tiefe der Krise und ihre Bearbeitung transformierten den eingebetteten Neoliberalismus in der Peripherie hin zu einem radikal entbetteten Neoliberalismus (vgl. Ban 2016).

Politische Entwicklungen in der südlichen Peripherie am Beispiel Griechenland und Portugal

Anders als im europäischen Norden führten diese Prozesse im europäischen Süden dazu, dass linke Parteien mehrheitsfähig wurden. Sie vertraten in ihren Programmen gesellschafts- und sozialpolitische Leitbilder, die dem Krisenkonstitutionalismus und dem autoritären Populismus diametral entgegenstanden. Ein Grund für diese gegensätzlichen Entwicklungen ist wiederum der Stand der ungleichzeitigen Entwicklung innerhalb der EU. Dies gilt auch für die verschiedenen Phasen, in die die verschiedenen Wellen neoliberaler Politik einzelstaatlich umgesetzt wurden (vgl. Peck/Tickell 2002).

So hatte die Roll-Back-Phase des Neoliberalismus zwar auch im Süden Europas schon vielfältige Effekte hinsichtlich von Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung gezeitigt (Karamessini 2008). Die Roll-Out-Phase der Vertiefung neoliberaler Leitbilder im Alltagsleben war jedoch im Vergleich zu den Zentrumsstaaten und der östlichen Peripherie von kürzerer Dauer, weit oberflächlicher geblieben und auch weniger in der Gesellschaft verankert. Die von der Mehrheit der Bevölkerungen geteilten (sozial-)staatlichen Leitbilder hatten sich

nicht geändert. Sie sahen weiterhin die Wiederherstellung politischer Rechte als grundlegend für die Garantie sozialer Rechte an (vgl. Kouvelakis 2011).

Die beiden Länder, die von der Krise besonders stark getroffen wurden, waren Portugal und Griechenland. Sie waren auch die Länder, die durch die Troika-Programme am stärksten transformiert wurden. In der Krise wurden die tragenden Säulen ihres Akkumulationsmodells – staatlicher und privater Konsum – zum Einsturz gebracht (Rodrigues/Reis 2013; Chasoglou 2014; Komsopoulou 2016). Hunderttausende Klein- und Familienbetriebe, das Rückgrat der inländischen Industrie, mussten Insolvenz anmelden (EC 2017; EC 2017a). Die Arbeitslosen- und Armutsraten wuchsen in beiden Ländern rasant (vgl. Matsaganis u.a. 2014). Zudem bedeutete das Troika-Programm eine tiefgreifende Intervention in Arbeitnehmerrechte und Tarifverhandlungssysteme sowie einen Abbau wichtiger Sozialleistungen (Theodoropoulou 2014).

Insgesamt begünstigten die ökonomischen und politischen Entwicklungen den Aufstieg linker Parteien, die sich vehement gegen die Troika und die mit ihr verbundenen Austeritätspolitik stellten. Ihr politisches Programm versprach einen Bruch mit der Troika und eine Verbesserung der sozialen Situation.

Obwohl beide Länder äußerst hart von der Krise getroffen wurden, so müssen auch die Differenzen zwischen Griechenland und Portugal betont werden. In Griechenland dauerte die Rezession länger, die Arbeitslosenrate stieg höher, die gesellschaftliche Textur transformierte sich stärker. Während in Portugal das Parteiensystem vergleichsweise stabil blieb, veränderte es sich in Griechenland durch die Krise fast vollständig.

Griechenland

Schon die beiden Wahlen im Mai und Juni 2012 hatten den Zusammenbruch des bisherigen Zwei-Parteien-Systems Griechenlands markiert. Die beiden das bisherige politische System prägenden Parteien, die konservative ND und die sozialdemokratische PASOK, hatten stark an Wählerstimmen verloren (Komsopoulou/Chasoglou 2014). SYRIZA ging mit dem Versprechen in den Wahlkampf, das Troika-Programm sofort zu beenden und die sozial- und arbeitspolitischen Reformen der letzten Jahre rückgängig zu machen. Mit diesem Programm konnte es einen Großteil der ehemaligen PASOK-Wähler_innen, also Angestellte des öffentlichen Diensts, sowie einen großen Teil der Arbeitslosen für sich gewinnen. Alte PASOK-Wähler_innen machten 30 Prozent ihrer neuen Stimmen 2012 aus, während im Laufe der Zuspitzung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Eskalation der Verhandlungen mit der Troika auch ein nicht unbeträchtlicher Teil der Stimmen von der Kommunistischen Partei zu SYRIZA hinüber wanderte.

Von größerer Bedeutung für die Parteistruktur war jedoch das rasche Übertreten früherer PASOK-Funktionär_innen und -Abgeordneter bis hin zu früheren Minister_innen in die SYRIZA. Dort bekamen manche auch sofort hohe Parteipositionen und nach dem Wahlsieg 2015 auch wichtige Minister_innenposten übertragen. SYRIZA transformierte sich in kurzer Zeit personell, funktionell wie auch von der Wähler_innenbasis her von einer linksradikalen Kleinstpartei in eine sozialdemokratische Partei klassischen Typs. Die Parteispitze um ihren Vorsitzenden Alexis Tsipras reagierte darauf und vollzog eine „realistische Wende“, mit moderaterer Rhetorik und Wahlversprechen. Am besten wurde der Erfolg dieser Wende in der positiven Haltung deutlich, die der Industriellenverband SEV seitdem gegenüber der Partei einnahm (To Vima 2013).

Die Versuche der SYRIZA-Regierung, nach ihrem Wahlsieg im Januar 2015 ihr gegenhegemoniales Projekt umzusetzen, stieß umgehend auf den kompromisslosen Widerstand der EU-Regierungen, besonders innerhalb der Eurogruppe, wie auch eines Großteils der europäischen Medien. Doch nicht nur der zu erwartende Widerstand der Regierungen aus der Eurozone war ein Faktor, der die 180-Grad-Wende in der griechischen Regierungspolitik mit sich brachte. Grund dafür war vielmehr der absolute Wille der SYRIZA-Regierung, nicht mit der Eurozone und auch nicht mit den Leitbildern des Krisenkonstitutionalismus wie Wettbewerbsfähigkeit und fiskalische Stabilität zu brechen (Kouvelakis 2016). Die EU-Mitgliedschaft mit all ihren Verpflichtungen in Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik wurde als unumstößlicher Parameter angesehen, auf dessen Grundlage SYRIZA Politik zu machen plante. Die zuerst formulierte fundamentale Kritik am Troika-Programm wurde in eher technischen Details für die Neuverhandlungen kanalisiert. Gleichzeitig legte die neue linke Regierung Wert darauf, dass diese Verhandlungen auf politischer Ebene und nicht mehr auf technokratischer Ebene der Troika-Repräsentanten erfolgen sollten.

SYRIZA bildete schon einen Tag nach den Wahlen eine Koalition mit der ND-Rechtsabspaltung ANEL, was sich bereits bei den Wahlen 2012 andeutete, nachdem die beiden Parteien eine „strategische Allianz“, also ein gemeinsam abgestimmtes Vorgehen im Parlament verabredeten. Übereinstimmend lehnten beiden Parteien die Memorandum-Politik ab. Aufgabe aller patriotischen Griechen sei es, diese zu beenden. Beide Parteien sahen den politischen Kampf gegen das Memorandum als das zentrale Element ihrer politischen Programmatik. So erklärte der neue Ministerpräsident Tsipras in seiner Rede nach dem Wahlsieg 2015:

Griechenland lässt die katastrophale und autoritäre Austerität hinter sich. [...] Der Wille des Volkes schließt den Zyklus der Austerität ab und erklärt die katastrophalen Memoranden für ungültig. Die Troika ist die Vergangenheit für unsere gemeinsame europäische Existenz. Wir werden eine Regierung für alle Griechen bilden. [...] Heute wurde

das Griechenland der Eliten [und] Oligarchen [...] besiegt. Es hat das Griechenland der Kreativität und der Zivilisation besiegt, das Griechenland, das hofft [...] Es wird keinen einseitigen Bruch mit Europa geben aber auch keine Unterwerfung. Unser vorrangiges Ziel ist die Wiederherstellung der Volkssouveränität in unserer Heimat. Wir werden überall tiefgehende Reformen durchführen.¹

Eine Analyse dieses Redeausschnitts zeigt alle zentralen Elemente des gegenhegemonialen Projektes, das die SYRIZA-Regierung in den ersten sechs Monaten verfolgte. Im Zentrum dieses Projekts stand die kategorische Ablehnung eines Bruches mit dem Projekt der Eurorettung. Diesem Ziel wurde höchste Priorität eingeräumt, womit Solidarität, Souveränität und Gerechtigkeit diesem untergeordnet wurden. Diese Priorisierung stand zu keinem Zeitpunkt infrage. Sowohl für die nationalen als auch für die supranationalen Eliten hatte die Abwendung eines Bruchs mit der Eurozone höchste Relevanz. Dies zeigte sich insbesondere in der Zeit zwischen Januar 2015 und Juni 2015, die durch irrational geführte Auseinandersetzungen und kafkaeske Irrungen und Wirrungen innerhalb der Eurogruppe geprägt war. Die griechische Regierung agierte widersprüchlich, lehnte sie doch auf der einen Seite ein weiteres Memorandum ab, wollte zugleich jedoch um jeden Preis in der Eurozone bleiben.

Zudem wurden die Themen Solidarität und Gerechtigkeit immer mit dem Begriff der Verantwortung verknüpft. Verantwortliche Politik bedeute, keine politischen Ziele zu verfolgen, die das Vertrauen der Finanzmärkte in Griechenland nicht noch weiter erschütterten. Die Wiederherstellung des Sozialstaates und der Arbeitnehmer_innenrechte müssen daher mit einer Stabilisierung der Refinanzierungsbedingungen auf den Finanzmärkten einhergehen.

Den politischen Vertrauensvorschuss, den SYRIZA zu Beginn der Regierung von breiten gesellschaftlichen Gruppen erhalten hatte, hat die Partei daher wieder verloren. Mit der SYRIZA-Regierung war keine Rückkehr zu den alten klientelistischen Einstellungspraktiken mehr zu erwarten. Der deutlichere Vertrauensverlust resultierte jedoch aus der Zustimmung zum dritten Memorandum und der Kontinuität der Austeritätspolitik und der zügigen und konsequenten Umsetzung der darin festgehaltenen Auflagen. Diese enthielten nicht nur immer weitere Kürzungsrunden bei den Renten, sondern auch eine Verallgemeinerung der vollständig deregulierten Arbeitsgesetzgebung. Das Privatisierungsprogramm wurde ebenfalls stark beschleunigt (vgl. EC 2015).

Von existentieller Bedeutung war die Erleichterung der Räumung von Wohneigentum, wenn Hypothekenkredite nicht mehr bedient werden. Über Jahrzehnte galt Wohneigentum in Griechenland als einzige soziale Sicherheit,

1 „Αλέξης Τσίπρας: Παρελθόν η τρόικα. Ο λαός μάς έδωσε καθαρή εντολή“, www.news247.gr (25.1.2015), Übers.: I.K.

die der überwiegende Anteil der Bevölkerung zu erwarten hatte. Die Troika erhöhte jedoch ausgerechnet hier den Druck, um die Hypothekenerstattung zu stärken. Seitdem können Immobilien geräumt werden, wenn die Schuldner mehr als 90 Tage in Rückstand mit ihren Zahlungen sind. Des Weiteren können die Hypothekenkredite nun auf Sekundärmärkten weiter gehandelt werden, was eine Reihe von kanadischen und US-Finanzmarktakteuren angezogen hat. Sie können Schuldtitel erwerben und profitträchtig weiterverkaufen, wobei die Restitution durch erleichterte Räumungen stärker gesichert erscheint. Dieses Gesetz führte ein weiteres Mal zu einer Welle von Protesten gegen die Regierung.

Als Konsequenz der rigoros durchgeführten Austeritätspolitik und der Erhöhung der Steuern verzeichnete der griechische Haushalt ab 2016 einen Primärüberschuss, das heißt einen Überschuss nach Abzug der Zinszahlungen. Dieser Betrag wurde nun von der Regierung als einziges Mittel von unterstützender Sozialpolitik in Form von Einmalzahlungen ohne rechtlichen Anspruch an Rentner_innen und arme Haushalte eingesetzt. Die Troika erhob massiven Einspruch gegen dieses Vorgehen, ließ Athen dann aber gewähren. Diese Form moderner Almosenverteilung wiederholte sich 2017 wieder mit dem Argument, dass der Primärüberschuss dieses Jahr sogar noch höher ausgefallen sei.

SYRIZA liegt derzeit in Umfragen weit hinter der konservativen *Nea Demokratia* (ND). Ihr Rückstand betrug im Juli 2018, vor dem Hintergrund des beigelegten aber umstritten gebliebenen Namensstreites mit Nord-Makedonien, 13,4 Prozent. Premierminister Tsipras hofft, mit dem im August 2018 stattfindenden Ende des Troika-Programms zu punkten und konzentriert sich daher auf den Ausstiegsprozess und die Verhandlungen über die Bedingungen des Post-Programms. Zugleich kann er mit einer weitergehenden konjunkturellen Erholung rechnen, die 2017 nach acht Jahren fast ununterbrochener Rezession eingetreten ist.

Der Versuch der SYRIZA-Regierung, ein gegenhegemoniales Projekt gegen den europäischen Krisenkonstitutionalismus umzusetzen, ist gescheitert. Das liegt nicht nur an der unversöhnlichen Haltung der Troika und der Regierungen der übrigen EU-Mitgliedsstaaten, besonders der Eurogruppe. Da sich linke Kritik per definitionem gegen die Interessen der herrschenden Eliten richtet, kann diese Feststellung nicht Maßstab für eine linke Politik sein. Deshalb wird vermehrt kritisiert, dass SYRIZA die Mitgliedschaft in der Eurozone und der damit einhergehenden Bedingungen prioritär gegenüber den Forderungen und Bedürfnissen der eigenen Wählerklientel und der Mehrheit der griechischen Bevölkerung behandelt hat.

Portugal

Die Bildung einer neuen PS-geführten Regierung unter Premierminister António Costa am 26.11.2015 kam für viele Beobachter_innen überraschend. Die bisherige konservative Regierungskoalition von PSD und CDS-PP hatte zwar die meisten Stimmen bekommen, dies reichte aber nicht für eine Parlamentsmehrheit aus. Im Verlauf der Konsultationen zur Regierungsbildung kam es zu einer überraschenden Wende im innerportugiesischen Verhältnis der Linken. Zum ersten Mal kam es zur Unterstützung einer Minderheitsregierung des PS durch den Linksblock Bloco de Esquerda und dem Bündnis der Kommunisten und Grünen (CDU) – dadurch sicherte sich der PS eine Mehrheit bei wichtigen Abstimmungen.

Der PS entschloss sich zu diesem Vorgehen, weil die Partei befürchten musste, als Juniorpartner der stimmenstärkeren PSD dasselbe Schicksal wie viele andere sozialdemokratischen Parteien in Europa zu erleiden. Die Kommunistische Partei war zur Zusammenarbeit bereit, weil sie weitere Privatisierungsrunden einer erneuten konservativen Regierung erwartete. Diese hätten besonders Branchen getroffen, in denen die Partei noch eine starke Basis hatte. Den größten Anpassungsdruck hatte aber der Linksblock, der in Zusammensetzung und programmatischer Ausrichtung SYRIZA sehr ähnlich ist. Seit dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen der SYRIZA-Regierung und der Troika waren in der Partei die Stimmen stärker geworden, die einen Austritt aus der Eurozone forderten. Von solchen Forderungen hatten sich PS und ihr Generalsekretär António Costa eindeutig distanziert (Morais 2018).

Die PS-Regierung konnte unter viel günstigeren Bedingungen beginnen als SYRIZA. Portugal hatte das Troika-Programm seit einem knappen Jahr verlassen und, obwohl es bis zur Tilgung eines Großteils der Troika-Kredite in einem sogenannten Post-Programm ist, waren die Spielräume für eine eigenständige Politik größer. Hinzu kam, dass die Kommission zwar mit einer Reihe von PS-Vorhaben nicht einverstanden war, aber über ein Defizitverfahren nicht zu hart intervenieren wollte. Dies lag daran, dass auch in Spanien Parlamentswahlen anstanden und die Kommission nichts unternehmen wollte, was auch dort linke Kräfte gestärkt hätte. Außerdem hatte sich die wirtschaftliche Entwicklung seit 2014 zunehmend erholt, mit positiven Impulsen auf Beschäftigung und Konsum.

Premierminister Costas wollte, „das Blatt der Austerität umblättern“, um mit Investitionen die Wirtschaft anzukurbeln (Journal de Negócios 2015). Er entwarf eine wirtschaftspolitische Strategie, die auf einer Modernisierung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft abzielte und auf die Herstellung von Gütern auf einer höheren Stufe der Wertschöpfungskette fokussieren sollte. Dafür sollte es nicht nötig werden, so die Kalkulation, sich außerhalb der Bud-

getrestriktionen des Eurostabilitätspaktes und des Post-Programmes zu bewegen (Finn 2016). Wie dies geschehen soll, blieb bis heute unklar.

Die PS-Regierung verpflichtete sich weiterhin, die Haushaltsdefizite zu reduzieren, weshalb die staatliche Nachfrage seit 2015 bei der wirtschaftlichen Wiederbelebung keine relevante Rolle spielt (Morais 2018). Gleichzeitig nahm die neue Regierung zügig eine Reihe von Reformen aus der Troika-Periode zurück. Dies betraf größtenteils allerdings nur jene Maßnahmen, die von der konservativen Vorgängerregierung über die Vorgaben der Troika hinaus umgesetzt worden waren. So wurde die 40-Stunden-Arbeitswoche im öffentlichen Dienst auf das vorherige Niveau von 35 Stunden zurückgesetzt. Die abgeschafften staatlichen Feiertage wurden wiedereingeführt und nominale Lohnkürzungen graduell zurückgenommen. Der Mindestlohn, der jahrelang eingefroren war, aber noch unter der alten konservativen Regierung seit 2014 langsam wieder erhöht wurde, wurde erneut angehoben. Auch setzte die Regierung die Abschaffung einer Extraabgabe auf die Einkommenssteuer sowie einer „Solidaritätsabgabe“ durch. Die Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters wird, wenn auch etwas langsamer, weitergeführt (ETUI 2017). Das Versprechen, das vor der Krise dominierende sektorale Kollektivverhandlungssystem und eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen zur Stärkung der gewerkschaftlichen Macht wieder herzustellen, wurde bisher nicht erfüllt.

Eine Reduzierung des Haushaltsdefizits konnte 2016 vor allem durch erhöhte Einnahmen der Sozialversicherungskassen sowie der lokalen Verwaltungseinheiten erreicht werden, die auf weiterhin eingefrorene Gehälter und Aufstiegsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst sowie Kürzungen bei öffentlichen Investitionen zurückgingen. Zusätzlich wurden aufgrund der im Troika-Programm eingeführten strengeren Bedürftigkeitskriterien 130.000 Personen weniger von den sozialen Sicherungssystemen erfasst, während weniger als 29 Prozent aller arbeitslosen Personen Unterstützungsleistungen erhalten. Gleichzeitig bleiben die Ausgaben für den Schuldendienst sehr hoch und machen mehr als das Doppelte des Betrages der öffentlichen Investitionen aus. Der Staat kann so seiner weiterhin wichtigen Rolle als Wachstumsgenerator nicht nachkommen (Rosa 2017a). Vorher eingeführte Kürzungen der Renten wurden zwar wieder abgeschafft, aber die durch das Troika-Programm eingeführten Änderungen im Rentensystem wurden aufrechterhalten, sodass zukünftig weniger Personen von dieser Verbesserung profitieren werden können (Rosa 2017b).

Der inländische Konsum als die traditionell tragende Säule des Wirtschaftswachstums konnte so nicht gestärkt werden (Pestana 2016). Durch die Maßnahmen der Regierung wurden aber immerhin lohnabhängige Haushalte gestärkt und konnten vielfach aus ihrer existenziellen Notlage befreit werden. Es war jedoch vor allem die anziehende Konjunktur der Weltwirtschaft, welche

diese Entwicklung ermöglichte, und weniger die progressive Politik der linken Regierung. So konnte im Verlauf des Jahres 2017 wieder ein BIP in Höhe der Vorkrisenzeit erreicht werden. Den größten Beitrag zu dieser Erholung hatten die Bruttoinvestitionen, die aus dem Ausland stammen und vorwiegend in den Bausektor flossen. Hinzu kommen ein wachsender Tourismussektor und das stete Wachstum der Exporte (Morais 2018).

Die Arbeitslosenrate ist von einem Höchststand von 16,5 Prozent im Jahre 2013 auf 8 Prozent gefallen, wobei die große Zahl derjenigen Personen fehlt, die ökonomisch inaktiv sind, sich aber nicht mehr arbeitslos melden. Dies betrifft besonders die stark gestiegene Zahl der Langzeitarbeitslosen. Würden sie mit gerechnet, würde sich die offiziell angegebene Arbeitslosenrate auf 12 Prozent erhöhen. Hinzu kommen diejenigen, die unfreiwillig kürzere Arbeitszeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen hinnehmen, von denen sie kaum leben können (Rosa 2018a).

In ihrem Stabilitätsprogramm für die Jahre 2018 bis 2022 hat die Regierung António Costas ihre politische Linie bekräftigt: Defizitreduzierung hat Priorität und der wirtschaftliche Erfolg ist weiterhin das Kriterium, nach welchem die Sozialpolitik inhaltlich bestimmt wird. Die Sanierung des Haushalts soll weiterhin über Ausgabenkürzungen bei den Angestellten im öffentlichen Dienst erfolgen. Weitere Kürzungen sind im Bereich der Sozialabgaben vorgesehen, während öffentliche Investitionen auf dem derzeitigen niedrigen Niveau verbleiben sollen (Rosa 2018b).

Fazit

Die anfangs konfrontativ ausgerichtete Politik der SYRIZA-Regierung und die konziliantere Politik der PS-Regierung zeichnet ein gemeinsamer Grundzug aus. Sowohl die Regierung Tsipras als auch die Regierung Costa haben die Prinzipien der neuen europäischen *economic governance* anerkannt. Diese fordern eine stetige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die gleichzeitige Einhaltung der Stabilitätskriterien. Zudem haben beide Länder die Rettung des Banken- und Finanzsystems weitergeführt und Ressourcen für die Bankenrekapitalisierung eingesetzt. Dem Finanzkapital wurden neue Profitquellen eröffnet wie etwa der Handel mit nicht bedienten Hypotheken.

Sozialpolitische Leistungen werden nur erhöht oder überhaupt erst gewährt, wenn die Kassenlage es zulässt, wenn also die Sparauflagen der Troika und die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht verletzt werden. Sozialpolitische Prinzipien von sozialen Rechten und Solidarität werden marginalisiert und nicht verfolgt, obwohl Umfragen wiederholt aufgezeigt haben, dass

die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sowohl Griechenlands als auch Portugals nur diese Ideen als legitim ansehen. Den Wiederaufbau bisher bestehender Machtressourcen für die organisierte Arbeiterschaft wurde bestenfalls rhetorisch geleistet. Die Möglichkeiten, gesellschaftlichen Widerstand über die vormaligen institutionalisierten Mechanismen zu leisten, sind so gut wie nicht mehr vorhanden.

Der durch die Troika-Programme durchgesetzte entbettete Neoliberalismus wurde also nicht rückgängig gemacht. Im Gegenteil wurden seine Parameter anerkannt und von beiden Regierungen weiter praktiziert. Darüber hinaus erfährt er sogar einen gewissen Grad an Zustimmung, solange beide Regierungsparteien weiter die mehrheitliche Zustimmung der Wähler_innen erhalten. Diese Zustimmung erhalten beide Parteien auch von supranationaler EU-Ebene, da durch ihr Vorgehen die Parameter der neuen europäischen *economic governance* stärker auf nationaler Ebene etabliert werden. Wirtschaftspolitische Strategien, die Wachstum über eine Modernisierung der Wirtschaft statt einer Strategie von Lohnabwertungen und längerer Arbeitszeiten ermöglichen, sind in diesem Rahmen schwer umzusetzen. Dafür bedürfte es entweder eines Technologietransfers dank ausländischer Direktinvestitionen oder verstärkter einheimischer Investitionen. Letzteren sind durch die Fiskal- und Defizitregeln ein Riegel vorgeschoben. Ausländische Direktinvestitionen gehen momentan entweder in den Aufkauf privatisierter Grundversorger, etwa Energie- und Infrastrukturunternehmen, oder in traditionelle Branchen wie Tourismus, Immobilien sowie Hypothekenkredite.

In Griechenland herrscht derzeit eine Situation des Abwartens oder der Resignation. In Portugal hingegen hat sich die Zustimmung zur Politik der PS-Regierung vergrößert. Die Gefahr hierbei ist jedoch, dass dies nur eine momentane Erleichterung über die bescheidene Verbesserung der Lebensumstände breiter Bevölkerungsteile ist. Daher bleibt abzuwarten, inwiefern die linke Regierung Costas langfristig ihre derzeitigen Zustimmungswerte halten kann. Denn eine Politik, die die verelendeten Lebensumstände hunderttausender ihrer Bürger_innen nicht verbessert und die die Sozialstaatlichkeit mithilfe supranationaler Institutionen immer weiter infrage stellt, wird mittelfristig wohl kaum Erfolg haben.

Es bleibt daher festzustellen, dass eine Linke mit ihrem Programm die Forderungen und Bedürfnisse der überwältigenden Mehrheit der Subalternen in der südlichen Peripherie artikulieren muss. Angesichts der Radikalität, mit der die herrschenden Eliten Europas in den letzten zehn Jahren ihre gesellschaftlichen Ziele realisiert haben, muss die Antwort der Linken um ein Mehrfaches radikaler als bisher sein.

Literatur

- Ban, Cornel (2016): *Ruling Ideas How Global Neoliberalism Goes Local*. New York.
- Becker, Joachim (2012): Blindstellen: ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU. In: *PROKLA* 42(3): 467-476.
- (2016): Die südeuropäische Linke zwischen Aufschwung und Brüssler-Berliner Diktate: Editorial. *Kurswechsel*, Nr. 2: 70-81.
- Bieling, Hans-Jürgen/Lux, Julia/Haas, Tobias (2013): Die Krise als Auslöser eines neuen europäischen Konfliktzyklus?. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 6/Supplement 1): 231-249.
- Bieling, Hans-Jürgen/Buhr, Daniel (2015) (Hg.): *Europäische Welten in der Krise. Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich*. Frankfurt/M-New York.
- Bieling, Hans-Jürgen/Kompsopoulos, Jannis (2016): Southern European Capitalism within the Crisis-Ridden European Empire. In: *Economia & lavoro* 14(1): 15-22.
- Campos Lima, Maria da Paz/Antiles, Antonio Martin (2013): Descontentamento na Europa em tempos de austeridade. In: *Revista Critica de Ciencias Sociais* 103: 137-172.
- Chasoglou, Jannis (2015): Griechenland: Umbau oder Abriss des Wohlfahrtsstaates?. In: Bieling, Hans-Jürgen/Buhr, Daniel (Hg.) *Europäische Welten in der Krise. Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich*. Frankfurt/M: 243-271.
- European Commission (2015): Memorandum of Understanding, URL: ec.europa.eu, Zugriff: 30.7.2018.
- (2017): 2017 SBA Fact Sheet Portugal. URL: www.ec.europa.eu, Zugriff: 30.7.2018.
- (2017a): 2017 SBA Fact Sheet Greece. URL: www.ec.europa.eu, Zugriff: 30.7.2018.
- European Trade Union Institute (2017): Labor Law Reforms in Portugal. URL: www.etui.org/Reforms-Watch/Portugal/Labour-law-reforms-in-Portugal-background-summary, Zugriff: 12.4.2017.
- Ferreira, Ana (2017): The Portuguese Government Solution. URL: www.issue.com/foundationforeuropeanprogressive/ docs/book-portugal-web, Zugriff: 28.7.2018.
- Finn Daniel (2017): Luso-Anomalies. In: *New Left Review* 106: 5-32.
- Heine, Frederic/Sablowski, Thomas (2015): Zerfällt die Europäische Währungsunion?. In: *PROKLA* 45(4): 563-592.
- Hermann, Christoph/Hinrichs, Karl (2012): Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Sozialstaaten und Arbeitsbeziehungen – ein europäischer Rundblick, Arbeiterkammer Wien. URL: www.media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/Forba-Studie_Finanzkrise_2012_neu.pdf, Zugriff: 14.12.2017.
- Hürtgen, Stefanie (2015): Das Konzept der strukturellen Heterogenität und die Analyse fragmentierter Wachstumsgesellschaften in Europa. Working Paper der DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften. URL: kolleg-postwachstum.de/sozgwmedia/dokumente/WorkingPaper/wp2_2015.pdf, Zugriff: 14.12.2017.
- Journal de Negocios (2015): Carta de António Costa: Virar a página da austeridade, relançar a economia. URL: https://www.jornaldenegocios.pt/opiniao/colonistas/detalhe/carta_de_antonio_costa_virar_a_pagina_da_austeridade_relançar_a_economia, Zugriff: 27.8.2015.
- Karamessini, Maria (2008): Still a distinctive southern European employment model? In: *Industrial Relations Journal* 39(6): 510-531.
- Kompsopoulos, Jannis (2016): Zentrale Strukturelemente des griechischen Kapitalismusmodells. In: Agridopoulos, Aristotelis/Papagiannopoulos, Ilias (Hg.): *Griechenland im europäischen Kontext Krise und Krisendiskurse*. Wiesbaden: 91-103.
- (2017): Die Auswirkungen der Troika-Programme auf Griechenland, Irland und Portugal. In: *BDWI-Studienheft*, Nr. 11: 41-43.

- /Chasoglou, Jannis (2014): The Collapse and Transformation of the Greek Party System. In: *Socialism and Democracy* 28(1): 90-112.
- Kouvelakis, Stathis (2011): The Greek Cauldron. In: *New Left Review* 72: 17-32.
- (2016): Syriza's Rise and Fall. In: *New Left Review* 97: 45-70.
- Lux, Julia/Kompopoulos, Jannis (2018): Sozialpolitischer Interventionismus der EU. In: Bieling, Hans-Jürgen/Guntrum, Simon (Hg.): *Transformation der European Economic Governance*, i. E. Matsaganis, Manos/Leventi, Chrysa (2014): Distributive Effects of the Crisis and Austerity in seven EU countries, ImPRovE Discussion Paper No. 14/04. Antwerp: Herman Deleeck Centre for Social Policy – University of Antwerp.
- Morais, Luís Teles (2018): Portugal's economic prospects: was the political miracle responsible for the economic miracle?. Ari 53/2018. URL: www.realinstitutoelcano.org, Zugriff: 30.7.2018.
- Peck, Jamie/Tickell, Adam (2002): Neoliberalizing Space. In: *Antipode* 34(3): 380-404.
- Pestana, Dimas (2016): António Costa em entrevista à LUSA: 1 ano de Governo. URL: www.ps.pt/2016/11/25/antonio-costa-em-entrevista-a-lusa-1-ano-de-governo/, Zugriff: 12.4.2017.
- Rodrigues, João/Reis, José (2012): The Asymmetries of European Integration and the Crisis of Capitalism in Portugal. In: *Competition And Change* 16(3): 188-205.
- Rosa, Eugenio (2017a): Redução do défice à custa da Função Pública, do investimento público e da Segurança Social. URL: www.eugeniorosa.com, Zugriff: 25.7.2018.
- (2017b): Leis injustas e irracionais que reduzem ainda mais as pensões e agravam a pobreza em Portugal. URL: www.eugeniorosa.com, Zugriff: 25.7.2018.
- (2018a): Os Desempregados Do Nosso Pais De Que Ninguem Fala: URL: www.eugeniorosa.com, Zugriff: 25.7.2018.
- (2018b): Programa Estabilidade 2018–2022. URL: www.eugeniorosa.com, Zugriff: 25.7.2018.
- Schmalz, Stefan (2013): Zur Herrschaftssoziologie und Geopolitik der Krise: Perspektiven einer historisch materialistischen Internationalen Politischen Ökonomie. In: Bieling, Hans-Jürgen/Lux, Julia/Haas, Tobias (Hg.): *Die Internationale Politische Ökonomie nach der Weltfinanzkrise*, ZFAS Sonderheft 5. Wiesbaden: 71-88.
- Simonazzi, Annamaria u.a. (2013): Economic relations between Germany and southern Europe. In: *Cambridge Journal of Economics* 37: 653-675.
- Schulten, Thorsten/Müller, Torsten (2015): European economic governance and its intervention in national wage development and collective bargaining. In Lehndorff, Steffen (Hg.): *Divisive Integration. The triumph of failed ideas in Europe — revisited*. Brüssel: 331-363.
- Theodoropoulou, Sotiria (2014): Has the EU become more intrusive in shaping national welfare state reforms? Evidence from Greece and Portugal. ETUI Working Paper 2014.04. Brüssel.
- To Vima (2013): „I. Dragasakis: From utopia to... realism“ (Griechisch). URL: tovima.gr/politics/article/?aid=525025, Zugriff: 27.7.2018.
- van Apeldoorn, Bastiaan (2002): *Transnational Capitalism and the Struggle over European Integration*. London-New York.